



Auszug aus dem substantziellen Protokoll 118. Ratssitzung vom 27. November 2024

3992. 2023/456

Interpellation von Derek Richter (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 20.09.2023: Verstellen von Parkplätzen in der blauen Zone an der Brahmstrasse im Rahmen einer Aktion des Vereins umverkehR, Hintergründe zur Bewilligung der Aktion, Wertung als Veranstaltung, Information der Öffentlichkeit und erhobene Gebühren sowie künftige Bewilligungspraxis für solche Aktionen

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 846 vom 13. März 2024).

Derek Richter (SVP) nimmt Stellung: Im August 2023 waren die Anwohner der Brahmstrasse überrascht: Ein Areal in der Nähe war schon länger ausgesteckt. Als die gesetzliche Frist abgelaufen war, gab es dort nicht wie erwartet eine Baustelle, sondern rund ein dutzend Stosskarren mit Gebüsch. Anscheinend war das eine bewilligte Veranstaltung. Die Brahmstrasse ist eine typische Wohngegend für den Mittelstand. Ab etwa 18 Uhr sind alle Parkplätze von Anwohnern mit einer Anwohnerparkkarte belegt. Dort gibt es viele üppige Bäume. Was das Gestrüpp an dieser Strasse zu suchen hatte, ist fraglich, da es der völlig falsche Ort dafür war. An urbaneren Plätzen hätten diese Karren mehr Sinn ergeben. Diese Veranstaltung verursachte massiven Suchverkehr im Quartier und die Anwohner mussten ihre Autos weit entfernt parkieren. Die Antwort auf die Frage Nr. 13, ob es die Umwelt interessiert, ob die Willkür von der öffentlichen Hand oder von privater Seite kommt, ist für mich klar Nein. Die Veranstaltung wurde vom Verein umverkehR beantragt. Dieser hasst Autos. Rechtlich lief alles korrekt ab, aber für das Quartier war es eine Ohrfeige. In diesem Bereich gibt es keine Tiefgaragen oder andere Abstellplätze auf privatem Grund. Die Anwohner sind auf die wenigen Parkplätze in der Blauen Zone angewiesen. Wo bleibt da der Konsumentenschutz? Der Quartierchef musste völlig zu Recht viele emotionale Reaktionen entgegennehmen. Die Antwort auf Frage Nr. 5 ist süffisant. Die vierte Macht in einem Staat sind die Medien. Die fünfte in der Stadt sind offenbar irgendwelche Nichtregierungsorganisationen (NGO), die nicht gewählt werden. Wenn es nicht der Stadtrat ist, der dort Recht durchsetzt, wofür brauchen wir ihn dann noch? Am 22. September 2024 sah man: Es gibt eigentlich ein Demonstrationsverbot, aber das Recht kann man flexibel auslegen. Nun ist sogar eine Velodemo bewilligt. Das ist eine Sonderbehandlung der eigenen Klientel.

Das Geschäft ist erledigt.



2 / 2

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat